

# Wilsdruffer Tageblatt

Heute neuer Roman

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis pro Monat 2,- RM. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 133 — 92. Jahrgang Teleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 10. Juni 1933

## Wege und Umwege.

Der „Rat der Vier“. — Heraus aus dem Steinertabyrinth! Auf der Reise nach London.

Bekanntlich führen, dem Sprichwort zufolge, viele Wege nach Rom, aber es ist doch nun nicht durchaus nötig gewesen, daß man sich, um zum Ziel des Viermächtepaktes zu gelangen, ungefähr den allerlängsten Umweg dafür aussucht. Nach dem Inhalt des in März, als die erste Anregung Mussolinis Inhalt und Form angenommen hatte, gar nicht so nötig gehabt, gleich zum Flugzeug zu greifen und eine Art Refordflug von Genf aus nach Rom zu machen, — mit der Postutsche wäre er vermutlich auch noch mehr als nur zurecht gekommen, um aus den ersten, fest zupackenden Vorschlägen Mussolinis etwas herauszuwaschen zu sehen, was nun in nicht gerade befriedigender Endgestalt vor den Vätern Europas da steht. Sie haben, soweit sie nicht von Tagesfragen bis aufs äußerste bedrängt wurden, ein starres, aus der Sehnsucht nach Entspannung und Befriedigung stammendes Interesse den Ideen Mussolinis entgegengebracht, — aber ein solches Interesse ist, um Bismarcks bekanntes Wort hierfür zu gebrauchen, keine „Pöselware“; doch wenn nun statt des sehnlichst erwarteten Geistes nur der Buchstabe — und der Streit um ihn — triumphiert und das auf Entspannung und Befriedigung gerichtete Wollen in den Schmelztopf sorgfältig abgewogener Paragraphen hineingepreßt wurde, dann mag wohl die Diplomatie auf ihr „Reisewort“ stolz sein, die Völker dagegen hatten ein bißchen mehr natürliche Rücksichtnahme auf die verhängnisvollen Tatsächlichkeiten erwartet.

Nur von einem Gesichtspunkt aus ist dieser Viermächtepakt zu begrüßen — auch wenn man dabei außer acht läßt, daß die in ihm vorgesehenen Viererkonferenzen ja schon in Genf beim Völkerbund etwas Alltägliches waren, dort allerdings ganz formlos veranstaltet wurden —, daß damit der maßgebende Schnittpunkt der internationalen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten einfacher und einheitlicher, sozusagen auch verantwortlicher herausgearbeitet wird: Der Weg geht nach dem Kriege vom unfernen Oberen Rat der alliierten Mächte über den Völkerbund, dann den Völkerbundrat — der sich jetzt allmählich auch schon, medizinisch gesprochen, eine Hypertrophie zuzieht — nun bis zum „Rat der Vier“. Den gab es schon einmal, 1919 in Versailles, und er tat Deutschland jede nur denkbare Gewalt an. Im künftigen „Rat der Vier“ aber wird auch ein deutscher Vertreter sitzen — und wir sind nun nach zähem, vierzehnjährigem Kampf doch nicht mehr ganz so „Objekt“ wie damals. Aber für diesen deutschen Vertreter im „Rat der Vier“ gilt auch, was der Reichsminister Göring offen zu einem französischen Berichterstatter sagte: „Deutschland steht allein.“

„Stehen“ — das ist in einem anderen Sinne heute noch ein bißchen zu viel gesagt! Denn zur Zeit ist die Reichsregierung mit allen Kräften bemüht, das deutsche Volk erst mal wieder aufzurichten und auf die Füße zu stellen. Das ist schon deswegen eine schwierige Aufgabe, weil eine gar nicht mehr tragbare Steuerlast auf die Schultern der schließlich darunter niedergebrogene Wirtschaft gelegt wurde. Gewiß ist schon in der Regierungserklärung eine ganz grundsätzliche Reform unseres Steuersystems angekündigt worden — dort man hier überhaupt von einem „System“ sprechen, das sich doch aus einer Unzahl von Notstandsmaßnahmen wie ein Flickwerk zusammensetzt — und ebenso wurden als Ziele dieser Reform bereits bezeichnet: Vereinfachung soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Tragbarkeit der Steuern. Aber — „It is a long way to Tipperary“, weit ist der Weg bis zu jenen Zielen! Hitler hatte in der Regierungserklärung das Bild gebraucht, die Steuermühle sollte von der Quelle in den Strom verlegt werden. Das heißt nichts anderes, als daß die Erhebung der Steuern dort vorgenommen werden soll, wo das Einkommen, der Umsatz, der Konsum bereits entstanden sind und fließen, aber nicht dort, wo dies alles erst entstehen soll. Wie sprachen oben von der Systemlosigkeit und der aus ihr folgenden Unübersichtlichkeit, — ja, kann oder vielmehr darf denn der Staat von seinen Bürgern Steuererleichterung verlangen, wenn man zwar ehrlich sein will, aber sich durch dieses Steuerlabyrinth überhaupt niemand mehr durchfindet! Wenn man nämlich oben beim Reich anfängt und an all den „öffentlichen Händen“, die sich Steuerfordernd dem Staatsbürger entgegenstellen, bis zum letzten „Steuerträger“ dieser Art herabgeht — er heißt so, weil er selbst keine Steuern zahlt, sondern nur die Steuerentnahmen wegträgt —, dann hat man auf diesem Weg etwa sechs bis sieben Duzend verschiedener Steuern zählen können!

Wenn sich das deutsche Volk bemüht, wieder auf die Füße zu kommen, dann treibt und ja überhaupt der Wille, den Weg beschreiten zu können, hinaus in die scharf wehende, aber freie Luft des ehrlichen Handels. Auch den anderen Völkern gegenüber! Auch dann, wenn wir dafür von ihnen nur einen lauen Dant

## Zusammenstoß auf der Arbeitskonferenz

Deutsche und Italiener von den Ausschüssen ausgeschlossen.

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf kam es in der geheimen Sitzung der Arbeitnehmergruppe wieder zu tumultartigen, für römische Zusammenstöße zwischen den deutschen und italienischen Arbeitervertretern einerseits und der gesamten übrigen rein sozialistischen Arbeitergruppe andererseits.

Auf Vorschlag des Präsidiums der Arbeitergruppe wurden die deutschen und die italienischen Vertreter von allen großen Ausschüssen für die Regelung der Arbeitslosenversicherung, Herabsetzung der Arbeitszeit und aller anderen Fragen endgültig ausgeschlossen.

Die Sitzung nahm einen ungewöhnlich lärmenden Verlauf. Es herrschte vollkommenes Durcheinander, so daß minutenweise in dem allgemeinen Tumult die einzelnen Reden untergingen.

Gleich zu Beginn der Sitzung protestierte der deutsche Arbeitervertreter Dr. Ley gegen diese Mandatsverweigerung. Er appellierte an das Empfinden der Arbeitergruppe für die Arbeiter der ganzen Welt. Zu diesen gehörten auch

30 Millionen schaffender Menschen in Deutschland.

Deutschland wolle mit jedem Volke in Frieden leben, könne jedoch Beschlüsse der Konferenz nicht annehmen, so lange es von der sachlichen Arbeit ausgeschlossen sei.

Nach der Rede kam der amerikanische Arbeitervertreter auf Dr. Ley zu und drückte ihm ostentativ die Hand.

Der italienische Arbeitervertreter Nizza schloß sich völlig den deutschen Ausführungen an.

Die deutsche und die italienische Erklärung riefen den stürmischen Protest des französischen Sozialistenführers Jouhaux hervor, der sich in

wüsten Beschimpfungen Deutschlands und persönlichen Angriffen auf Dr. Ley erging. Die Ausführungen Jouhaux wurden oft von wildem Lärm unterbrochen.

Dr. Ley erhob sich darauf sofort und betonte, er lehne es ab, auf das niedrige Niveau Jouhaux herabzusteigen. Wenn Jouhaux von „zehntausenden Menschen in Gefängnissen“ spreche, so meine er damit wohl die Verbrecher wie Torgler und die Anstifter des Reichstagsbrandes.

Er lade gern die ganze Gruppe auf seine Kosten nach Deutschland ein, um sich die Konzentrationslager anzusehen und sich ein Bild von Deutschland zu machen.

Mit erhobener Stimme rief der Führer der Arbeitsfront in den Saal: „Sie haben es jetzt mit dem neuen Deutschland zu tun, nicht mehr mit dem alten. Dr. Ley wies sofort energisch die persönlichen Anwürfe zurück, er sei selbst kein Arbeitervertreter. Er habe sieben Jahre in der Fabrik

Seite an Seite mit den Arbeitern mitgearbeitet. Er kenne den deutschen Arbeiter.

Es ist selbstverständlich, daß die völlig geschlossenen auf der Konferenz auftretende deutsche Abordnung sich unter keinen Umständen eine derartige Sabotage seitens der sozialistischen Arbeitergruppe gefallen lassen wird. Aus diesen Verhandlungen ergibt sich die praktische politische Bedeutung der persönlichen Anwesenheit des Führers der Deutschen Arbeitsfront auf der gegenwärtigen Arbeitskonferenz.

Offizieller Protest Dr. Leys.

Der Führer der deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, hat beim Aitekenrat der Internationalen Arbeitskonferenz am 11. Juni Protest gegen die von der Arbeitergruppe beschlossene Ausschließung der deutschen Arbeitervertreter von sämtlichen großen Ausschüssen der Konferenz eingelegt.

Der französische Arbeiterführer Jouhaux hat angekündigt, daß die Arbeitergruppe gegen die Mandate der deutschen Arbeitervertreter auf der Konferenz Einspruch erhebe.

Der Erfolg des deutschen Protestes.

Der Aitekenrat der Internationalen Arbeitskonferenz behandelte dann in stundenlangen bewegten Verhandlungen hinter geschlossenen Türen die schriftlichen Anträge des deutschen Arbeitervertreeters Dr. Ley und des italienischen Arbeitervertreeters Nizza.

Der Aitekenrat beschloß mit 9 gegen 6 Stimmen, den deutschen Arbeitervertreter zu drei der sechs Ausschüsse, nämlich für die Arbeitslosenversicherung, die entgeltliche Stellenvermittlung und die Hinterbliebenen-, Alters-, und Invalidenversicherung, zuzulassen.

Dagegen wurde die Zulassung Dr. Leys zu den beiden Ausschüssen für die Geschäftsordnung und das Abkommen über die Ruhezeit in der Glasbüttenindustrie mit 6 gegen 3 Stimmen abgelehnt. Der Ausschluß des deutschen und italienischen Arbeitervertreeters vom Aitekenrat bleibt weiter bestehen.

## Eine Viertelmillion Arbeitslose weniger.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich in der zweiten Hälfte des Monats Mai überaus erfreulich entwickelt. In dieser Zeit ist die Zahl der bei den Arbeitsämtern verzeichneten Arbeitslosen nämlich um 212 000 zurückgegangen, so daß die Gesamtzahl der eingetragenen Arbeitslosen noch etwa rund fünf Millionen beträgt. In der gleichen Zeit des Vorjahres belief sich der Rückgang auf lediglich 93 000. Die große Entlastung ist um so bemerkenswerter, als auch in der ersten Hälfte dieses Jahres der Rückgang erst 80 000 betrug. Mit einer Gesamtzahl von fünf Millionen ist eine Ziffer erreicht, die schon tiefer liegt als zur günstigsten Zeit des Vorjahres, nämlich rund 60 000 weniger.

oder gar keinen ernten! Schlecht genug hat man es uns gelohnt, daß die deutsche Reichsbank offen und ehrlich unseren ausländischen Gläubigern sagte: „Jetzt nach treuer, wenn auch noch so opfervoller Erfüllung unserer langfristigen Schuldverpflichtungen können wir euch die Zinsen nicht mehr in eurer Währung ins Portemonnaie stecken. Habt etwas Geduld!“ Hefige Vorwürfe waren die unmittelbare Antwort. Denn uns Deutschen gegenüber heißt's nur immer: Du hast zu geben, und ich, ich nehme mir! Aber so heißt's ja fast überall in der Welt, und wenn heute die Vertreter von 63 Völkern zur Weltwirtschaftskonferenz nach London fahren, dann wird das nicht ein Weg zum Weltwirtschaftsfrieden sein, wenn man jenen Ungeist nicht über Bord wirft, sondern ihn wohlverpackt im Koffer mitbringt. Kommt endlich die Besinnung, endlich das entschlossene Beschreiten des zum Ziele führenden Weges, auf dem die Weltwirtschaftskrise überwunden werden könnte? Oder soll es so bleiben, wie der Kanzler im „Faus“ es schildert:

„Wer schaut hinab von diesem hohen Raum  
Ins weite Reich, ihm scheint's ein schwerer Traum,  
Wo Mißgeschick in Mißgeschick sich wälzt,  
Das Ungeheißer geschlecht überwältigt  
Und eine Welt des Artums sich entfaltet.“  
Dr. Br.

## Die Schuldenregelung mit dem Ausland.

Die Reichsregierung hat in dem Transfer-Gesetz Bestimmungen erlassen, in denen mit aller Deutlichkeit herausgearbeitet ist, daß die deutschen Schuldner ausländischer Anleihen nach wie vor verpflichtet bleiben, ihre Zahlungen in Reichsmark weiterzuführen; die eingezahlten Markbeträge fließen in eine besondere „Konversionsklasse“ und werden dort solange verwahrt, bis wieder genügend ausländische Zahlungsmittel zur Verfügung stehen, um rückständige Überweisungen in fremder Währung durchzuführen. Hat der private deutsche Schuldner diese Zahlung geleistet, dann kann er nicht mehr in Deutschland von einem Auslandsgläubiger rechtlich in Anspruch genommen werden.

Die Sicherheit privater Eigentumsrechte des Auslandes wird also nicht angetastet, und die deutsche Wirtschaft hat nach wie vor den festen Willen, die von ihr eingegangenen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Deutschland verlangt keinen Vergleich wegen seiner Verpflichtungen mit den Auslandsgläubigern, weder wegen der Zinshöhe noch wegen des Schuldkapitals selbst.

Selbstverständlich bezieht sich diese, wenn man so sagen will, Devisenbarriere nicht etwa auf solche Zahlungsmittel in fremder Währung, die für den laufenden Warenhandel Deutschlands mit dem Auslande benötigt werden; denn gerade dieser Außenhandel soll ja dazu dienen, um die Devisenbestände der Reichsbank zu vermehren und ihr die Möglichkeit zu geben, besser als bisher ihre Funktion als Währungsinstitut zu erfüllen.

Daß die Reichsbank jetzt zu einer Einstellung der Überweisungen unserer Schuldengläubigen in fremder Währung kommen mußte, war voraussehen und ist auch oft genug vorausgesagt worden, wenn das Ausland nicht unserem Warenabsatz ein größeres Entgegenkommen bewiesen würde. Das ist nicht geschehen. Gezahlt werden kann aber nur in Ware, — und der deutsche Export stößt auf immer größere Schwierigkeiten! Es gibt keinen Weg, auf dem Deutschland von sich aus diesen Schwierigkeiten herauskommen könnte. Nur wenn in London ein wirt-